

**Seniorenbeirat der Stadt Koblenz
Geschäftsstelle
An der Liebfrauenkirche 18
56068 Koblenz**

Stadtratsfraktion
Bündnis 90/ DIE GRÜNEN
Willi-Hörter-Platz 1
56068 Koblenz
Tel: +49 0261 129-1091
Fax: +49 0261 129-1092
fraktion.gruene@stadt.koblenz.de

Unsere Antworten zur Kommunalwahl 2019

Wir danken Ihnen für die Zusendung Ihrer Wahlprüfsteine und beantworten die Fragen wie folgt:

1. Altersdiskriminierung

Der Rat der Stadt Koblenz hat sich am 27.9.2018 in einer EntschlieÙung einstimmig gegen jede Form von Altersdiskriminierung gewandt; Der Kreistag Mayen-Koblenz hat am 19.11.2018 eine gleichlautende EntschlieÙung ebenso einstimmig angenommen. Werden Sie im Einklang mit Grundgesetz und Landesverfassung Schritte gegen willkürliche Altersgrenzen in Gesetzen, Satzungen und Kirchenordnungen unterstützen? Werden Sie sich dafür einsetzen, älteren Menschen grundsätzlich dieselben Vergünstigungen wie anderen nicht erwerbstätigen Bevölkerungsgruppen zu gewähren (soziale Meistbegünstigung)?

Wir setzen uns gegen jede Form der Alters- (wie auch jeder anderen) Diskriminierung ein. Wir Politiker*innen haben dabei in Koblenz einen starken Seniorenbeirat an der Seite, der uns stets auf Probleme aufmerksam macht und nicht schüchtern ist um politische Unterstützung für seine Belange zu bitten.

2. Pflege

Die Beschäftigung mit den Folgen der demografischen Entwicklung - Anwachsen des älteren Teils der Bevölkerung – wird in Koblenz seit 1975 als kommunale Aufgabe gesehen. Dabei stehen Betreuungs- und Pflegedienste im Vordergrund. Werden Sie sich für den bedarfsgerechten Ausbau und die Unterstützung von – auch kultursensiblen - Pflegediensten und -einrichtungen – z.B. als Fortsetzung staatlicher Modellprojekte wie der Gemeindegewerkschaft plus - einsetzen und insbesondere die Weiterentwicklung häuslicher Pflege auch durch Angehörige, die älteren Menschen ein selbstbestimmtes Leben im bisherigen Lebensumfeld gestattet, fördern?

Die Pflege ist ein sehr komplexes Thema, bei dem der Stadtrat nur begrenzt Einflussmöglichkeiten hat, da viele Kompetenzen beim Bund oder Land liegen.

Wir wollen uns grundsätzlich dafür einsetzen, dass die Ausbildung und die Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals verbessert werden und der Berufsstand mehr Ansehen insgesamt genieÙt, um mehr Arbeitnehmer*innen zu gewinnen, die in der Pflege

Bankverbindung:

Sparkasse Koblenz, Konto-Nr.: 84707, BLZ: 570 501 20; www.gruene-koblenz.de

ge arbeiten wollen. Ein großes Augenmerk muss tatsächlich in die kultursensible Pflege gelegt werden.

Aber die beste Pflege ist die, die nicht in Anspruch genommen werden muss: Deswegen ist für uns GRÜNE ein wichtiger Punkt die Unterstützung jeglicher Nachbarschaftshilfe. Nur so können alleinstehende Ältere befähigt werden, länger eigenständig zu wohnen. Was nicht nur die Lebensqualität der Betroffenen erhöht, sondern auch die Kosten für die Allgemeinheit senkt. Mit städtischer Unterstützung wurden z.B. Bürgerschaftsprojekte wie „Miteinander in Pfaffendorf“ initiiert und begleitet. Hier haben wir GRÜNE uns immer aktiv in den Stadtteilen beteiligt und werden dies auch weiterhin tun.

Wir haben in den letzten Jahren aktiv in der „AG Kommunale Aktionspläne“ mitgearbeitet. Hier wurden im Rahmen der Teilhabeplanung für Menschen mit körperlicher und/ oder geistiger Behinderung im Landkreis und in der Stadt Koblenz mit allen beteiligten Akteuren Handlungsempfehlungen in verschiedenen Bereichen wie Wohnen, Pflege, Bildung und Arbeit erarbeitet. Diesen Prozess werden wir weiterhin konstruktiv begleiten und fachlich unterstützen.

Im Jahr 2014 wurde in Koblenz ein erster Pflegestammtisch durchgeführt, bei dem viele Expert*innen Auskunft gaben über aktuelle Entwicklungen und die Gesetze in der Pflege. Dies halten wir für eine wichtige Veranstaltung, die wir gerne fest in der Stadt installieren würden. Knapp die Hälfte der Pflegebedürftigen wird zuhause betreut. Ein regelmäßiger Stammtisch wäre für die Angehörigen eine Möglichkeit, sich gegenseitig zu vernetzen und Hilfsangebote kennenzulernen.

Des Weiteren gibt es in Koblenz vier vom Land RLP finanzierte Pflegestützpunkte, bei denen Betroffene und deren Angehörige Informationen bekommen über ambulante, teilstationäre und stationäre Hilfsangebote. Auch die dort angesiedelten Gemeindeschwestern Plus sind unserer Ansicht nach ein wichtiger Schritt, um die Aufnahme Beeinträchtigter in stationäre Einrichtungen zeitlich zu verschieben.

3. Mobilität

Zum selbstbestimmten Leben im Alter gehört auch der Erhalt der Mobilität, u.a. durch Förderung alternativer Bedienungsformen, erweiterte Linienführung und günstigere Preisgestaltung im ÖPNV. Werden Sie sich für mehr finanzielle Förderung des ÖPNV aus kommunalen Mitteln einsetzen? Werden Sie die finanzielle Gleichstellung von Senioren mit anderen Bevölkerungsgruppen (kostenfreie oder kostengünstige Beförderung) unterstützen? Werden Sie Maßnahmen zur fußgängerfreundlichen und barrierefreien Verkehrsgestaltung (Diagonalgrün, Trennung von Fuß- und Radwegen) finanziell fördern?

Wie soll bei der Modernisierung des ÖPNV die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger verbessert werden?

Wir haben uns schon sehr frühzeitig für eine Rekommunalisierung des öffentlichen Nahverkehrs stark gemacht, denn der ÖPNV in Koblenz ist z.Z. teuer und unzureichend, weil die Busse eigenwirtschaftlich fahren müssen. Wir setzen uns mit aller Kraft für eine Ausweitung des bestehenden Angebotes ein, für eine Preissenkung bei den Tickets und eine einfache Preis- und Bezahlstruktur, z.B. mit einem Monatsabo. Die rechte Rheinseite ist besonders schlecht angebunden, hier haben wir uns schon in der letzten Wahlperiode für eine Ausweitung eingesetzt, z.B. durch die Forderung nach einem rechtsrheinischen Busliniensystem (Antrag 2014) oder der Einrichtung einer neuen Buslinie von der Karthause auf die rechte Rheinseite (Antrag 2017).

Die Taktung muss verbessert und die Betriebszeiten verlängert werden. Die Seilbahn gehört mit ins ÖPNV Netz. Selbstverständlich muss die gesamte Infrastruktur barrierefrei sein (Umsetzung bis 1.1.2022)

Alle Verkehrsteilnehmer*innen sollen sich gut und sicher in Koblenz bewegen können, auch die lange vernachlässigten Fußgänger*innen, Radfahrer*innen und Nutzer*innen von Bus, Bahn und Fähren. So haben wir uns schon 2018 für die getrennte Führung des Rad- und Fußweges auf der neu zu bauenden Pfaffendorfer Brücke eingesetzt. 2019 forderten wir in einem Antrag noch eine optimierte Anbindung des Friedrich- Ebert- Ringes, ebenfalls mit getrennten Fuß- und Radwegen.

Bei jedem Straßenneu- und/ oder ausbau sollen mindestens 8% der Investitionssumme als verbindliche Mindestquote in die Rad- und Fußwege investiert werden.

Gerade für unsere Senior*innen brauchen wir mehr, bessere und vor allem sichere Fußwegverbindungen sowohl in der Innenstadt wie auch als Verbindungen in die Stadtteile. Auch die Ampelschaltungen müssen fußgängerfreundlich gestaltet werden.

Wenn es um Verkehrsberuhigungsmaßnahmen geht, sind die GRÜNEN immer sehr fortschrittlich. So haben wir 2017 Verkehrsberuhigungsmaßnahmen in der Trierer Straße und auf dem Schenkendorfplatz gefordert, in Stolzenfels schon 2015. Wir wollen Tempo 30 Zonen in Koblenz, wo dies gesetzlich möglich ist (Antrag 2014).

In einem fraktionsübergreifenden Antrag haben wir 2017 die Einrichtung einer neuen Bushaltestelle an dem Seniorenzentrum „Laubenhof“ gefordert, um die Mobilität der dort lebenden Bewohner*innen zu gewährleisten.

Wir unterstützen ein weiteres Modell der Mobilität und haben in Ehrenbreitstein am Lidl eine Mitfahrerbank initiiert, die es Senior*innen oder anderen Menschen ohne Auto ermöglichen soll, nach Pfaffendorf, Horchheim oder Arzheim mitgenommen zu werden. Für uns GRÜNE ist das ein exzellentes Beispiel gelebter Nachbarschaftshilfe.

4. Miteinander der Generationen

Begegnung der Generationen und Beteiligung auch der älteren Generation an allen gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen sind seit 2012 erklärtes Ziel der EU und haben in RLP zum Leitbild des „Zusammenlandes“ geführt. Werden Sie dementsprechend Formen gemeinschaftlichen und generationenübergreifenden Wohnens (neben Mehrgenerationenhäusern auch die Ausweisung entsprechender Stadtquartiere nach dem Muster des Speyerer Modells), Maßnahmen, die Begegnungen erleichtern (wie das Sitzgruppenprojekt des Seniorenbeirates Koblenz, aber auch Begegnungsstätten, gemeinsames Essen u. ä.) unterstützen? Werden Sie die Einrichtung eines ortsfesten, besucherfreundlichen und barrierefreien Marktes im Innenstadtbereich, aber auch von Märkten in den Stadtteilen als Zentren der Nahversorgung sowie der Begegnung und Kommunikation fördern?

Gemeinschaftliche Wohnprojekte sind für uns die Zukunft. Es gibt immer mehr Singlehaushalte, der Bedarf an diesen Wohnformen wird immens steigen. Wir GRÜNE wollen unserer städtischen Wohnbau mehr Grundstücke für die Bebauung mit bezahlbarem Wohnraum kostenfrei zur Verfügung stellt. Hier können und müssen auch Mehrgenerationswohnprojekte angesiedelt werden (Antrag 2015).

Desweiteren unterstützen wir die Projekte und Aktivitäten des Seniorenbeirates uneingeschränkt.

Der Wochenmarkt wird in Koblenz gerade neu geplant und organisiert. Hierbei werden wir GRÜNE uns in den Gremien dafür einsetzen, dass er barrierefrei zugänglich ist und mit großer Aufenthaltsqualität ein beliebter Treffpunkt für Jung und Alt wird.

5. Bürgerbeteiligung

Nicht ohne uns über uns –dieser Grundsatz der UN-Behindertenrechtskonvention lässt sich heute auf viele Bereiche des kommunalen Miteinanders übertragen: auf Menschen mit und ohne Migrationshintergrund –auf Menschen unterschiedlichen

Lebensalters oder auf Menschen mit unterschiedlichen Fähigkeiten, die einen besonderen Bedarf haben, in einer Umwelt ohne unnötige Barrieren zu leben. Damit die Betroffenen dabei sind, wenn es bei Planungen und Entscheidungen der Politik um sie geht, sind in Koblenz bereits zahlreiche Institutionen wie der Seniorenbeirat, der Beirat für Migration und Integration, die Frauenbeauftragte, der Jugendrat oder der Behindertenbeauftragte geschaffen worden.

Wie wollen Sie in der kommenden Amtsperiode die Zusammenarbeit zwischen den Gremien der Politik bzw. den Fraktionen des Stadtrates mit den Selbsthilfeorganisationen der Betroffenen fortentwickeln? Unterstützen Sie die Einberufung eines Inklusionsbeirates? Wie sehen Sie Ihre Mitarbeit in solch einer Institution?

Was halten Sie von Zukunftskonferenzen für die Stadtteile mit mehr Bürgerbeteiligung und einem Miteinander der Generationen?

Wir haben uns schon 2015 mit einem Antrag im Stadtrat dafür eingesetzt, dass ein Behindertenbeirat in Koblenz eingesetzt wird, der zur Verwirklichung einer umfassenden Teilhabe, Gleichstellung und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen und zur Wahrnehmung ihrer Interessen beitragen soll. Mit nur einem Behindertenbeauftragten ohne Stellvertretung können deren Interessen nicht optimal abgebildet werden. Leider konnten wir mit dieser Idee keine Mehrheit im Stadtrat erringen, werden den Antrag aber gerne im neugewählten Stadtrat nochmals einbringen.

Auch die Zukunftswerkstätten sind eine urgrüne Idee, wir haben schon 2014 sehr erfolgreich im Stadtteil Asterstein eine solche organisiert und erfolgreich durchgeführt. Zukunftswerkstätten sind für uns GRÜNE die beste Bürgerbeteiligungsmöglichkeit und den parteipolitisch dominierten Ortsbeiräten weit überlegen. Wir würden uns in der kommenden Wahlperiode gerne dafür einsetzen, Zukunftswerkstätten in allen Stadtteilen durchzuführen.

Ein ebenso wichtiger Antrag von uns beschäftigte sich 2017 mit der Analyse der Barrierefreiheit in allen Koblenzer Stadtteilen. Es sollen (exemplarisch beginnend mit dem Stadtteil Karthause) Stadtteilspaziergänge unter dem Blickwinkel der Barrierefreiheit durchgeführt werden: gemeinsam mit den Fraktionen des Rates, in Zusammenarbeit mit Vereinen und Verbänden behinderter Menschen, dem Behindertenbeauftragten der Stadt, dem Seniorenbeirat mit Unterstützung des Sozialamtes und des Amtes für Stadtentwicklung sowie Einbeziehung der Koblenzer Hochschulen zu organisieren und durchzuführen.

6. Wohnen im Alter

Werden Sie Initiativen fördern, die ausreichenden und bezahlbaren, aber auch altersgerechten und barrierefreien Wohnraum schaffen, möglichst über öffentlich-rechtliche Wohnungsunternehmen? Unterstützen Sie die Initiative, dass geförderter Wohnraum grundsätzlich barrierefrei und seniorengerecht gebaut werden soll? Werden Sie sich für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge einsetzen, die für junge Familien ebenso wie für ältere Menschen die Lebensplanung empfindlich beeinträchtigen können? Werden Sie sich dafür einsetzen, die bereits beschlossenen Stadtteilbegehungen durchzuführen?

Der Markt alleine gibt bezahlbare Preise für Wohnen, erst recht barrierefrei, nicht mehr her. Deswegen müssen wir unsere städtischen Wohnungsbaugesellschaften unterstützen beim Bau neuer Wohnungen. Wir halten es für wichtig, dass die Stadt angebotene Flächen aufkauft und der Wohnbau für die Bebauung mit bezahlbarem und teilweise barrierefreiem Wohnraum kostenfrei zur Verfügung stellt. Hier können auch Mehrgenerationswohnprojekte angesiedelt werden (Antrag 2015).

Wir haben uns schon in der jetzigen Wahlperiode für mehr bezahlbaren Wohnraum eingesetzt durch die Forderung nach einer festen Quote von 20% sozial gefördertem Wohnraum bei allen Neubauprojekten (Antrag 2016). Dies wird beim Verkauf von städtischen Flächen auch schon umgesetzt. Wir würden dies gerne auf Privatinvestitionen ausweiten ab einer Mindestzahl an Wohnungen.

Um einen realistischen Überblick über den bestehenden Wohnungsbedarf zu bekommen (vor allem im Hinblick auf barrierefreie Wohnungen), wollen wir das Wohnraumversorgungskonzept aus dem Jahre 2013 aktualisieren lassen (Antrag 2018). Aber wir GRÜNE suchen auch nach unkonventionellen Lösungen, wie z.B. Wohn- Aldis, bei denen Discounter überbaut werden, um Wohnraum darüber zu schaffen. (Antrag 2018). Auch eine Umnutzung der vielen leerstehenden Büroräume wäre in GRÜNEM Sinne.

Um eine schnellstmögliche Lösung für mehr Wohnraum zu finden, soll auf GRÜNEN Antrag hin eine Arbeitsgruppe mit allen Akteuren tagen zur Erstellung eines Handlungskonzeptes zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum (Antrag 2016). Hierbei arbeiten wir tatkräftig mit.

Also zuerst muss das Angebot an bezahlbarem Wohnraum erhöht werden. Wenn Mieter*innen eine Alternative haben, müssen sie nicht jede Wohnung zu jedem Preis nehmen.

Wir wollen für finanziell schwächere Mieter*innen eine Förderung von kommunalen Mietkaufmodellen installieren (Antrag 2018). So sollen städtische Wohnungen nicht mehr an Investor*innen verkauft werden, sondern es sollen geeignete Mietkaufmodelle für die Bewohner*innen erstellt werden. Dies sehen wir als eine sinnvolle Altersvorsorge an.

Zusätzlich wollen wir GRÜNE mit einem stadtweiten Solardachprogramm jeden Haushalt zum Stromerzeuger machen um die Nebenkosten dauerhaft zu senken.

Die Stadtteilbegehungen haben wir initiiert und unterstützen sie auch (s.o.).

7. Administrative Unterstützung

Die Umstellung der öffentlichen Verwaltung auf elektronische Verfahren stellt für Behinderte, insbesondere solche mit Sehbeeinträchtigungen, aber auch für Neuzugewanderte und für viele Seniorinnen und Senioren weniger die beabsichtigte Erleichterung und Beschleunigung als vielmehr intransparente Erschwerung von Antragsverfahren, beispielsweise im Steuerwesen, dar. Werden Sie die Einrichtung zentraler Beratungsstellen, z.B. den Ausbau des Bürgeramtes zu einer solchen, unterstützen?

Die Umstellung der Verwaltung auf elektronische Verfahren ist für uns GRÜNE ein richtiger Schritt in Richtung moderner Verwaltung mit Dienstleistungsgedanken. Aber es müssen alle mitgenommen werden, so dass es durchaus noch mehr „Lotsen“ in der Stadt bedarf, die Senior*innen oder Beeinträchtigte durch den Dschungel der Verwaltung führen.

Ein Beispiel für eine einfache Hilfe bei einem kleinem Problem erlebten wir GRÜNE bei der Umstellung der Ratsunterlagen auf „papierlos“. Ein älterer Herr, der immer interessiert die Ratssitzungen verfolgte, war unzufrieden, nicht ausreichend mitlesen und damit am Geschehen teilnehmen zu können, da er nur noch eine ausgedruckte Tagesordnung bekam. Wir haben uns dann als GRÜNE erfolgreich dafür eingesetzt, dass er und andere Interessierte einige wenige ausgedruckte Exemplare in Papierform zur Verfügung gestellt bekam.

8. Bildung, Kultur, Teilhabe

Nach aktuellen Untersuchungen zeichnet sich ein Bild wachsender Altersarmut für einen Teil der lebenden Menschen, besonders aber für kommende Generationen ab. Die in Europa geforderte Teilhabe an allen gesellschaftlichen Prozessen und die Gewährleistung eines selbstbestimmten Lebens im Alter erscheinen stark gefährdet. Werden Sie sich für

Maßnahmen einsetzen, die grundsätzlich auch Seniorinnen und Senioren einen erleichterten (barrierefreien und kostenlosen oder vergünstigten) Zugang zu kommunalen Kultur-, Fortbildungs- und sonstigen Einrichtungen (z.B. zu Theater, Bibliothek, Museen und Sportstätten wie dem neuen Hallenbad mit Sauna) sichern?

Altesarmut wird leider zunehmen, diese Einschätzung teilen wir. Wir möchten deshalb, dass die Kosten der Unterkunft für sozial benachteiligte Menschen ehrlicher an die tatsächlichen Mietkosten angepasst werden. Desweiteren fordern wir schon seit Jahren ein Sozialticket, um allen Mobilität zu ermöglichen. Mit einer „Koblenz-Card“ könnten z.B. bedürftige Senior*innen diskriminierungsfrei ermäßigten Eintritt in die Museen, ins Theater oder in Bibliotheken bekommen.

Auch für unser neues Schwimmbad fordern wir GRÜNE eine faire Preisstruktur für alle Koblenzer*innen.

Alle Koblenter*innen müssen – unabhängig von Alter und monetärem Hintergrund - an Bildung, Kultur und Sportangeboten teilhaben können.

Hans-Peter Ackermann
Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN
Willi-Hörter-Platz 1
56068 Koblenz